

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5410

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5410



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Redebeiträge Medienkonferenz
«Feministisches Nein zum Service citoyen»

- Tamara Funicello
- Jessica Jaccoud
- Cyrielle Huguenot
- Clarence Chollet

Tamara Funciello, Co-Präsidentin SP Frauen Schweiz und Nationalrätin

Warum NEIN zum Service Citoyen sagen – feministische Stellungnahme

Während dieser Kampagne werden Sie viele Argumente gegen die Initiative einen Service Citoyen hören.

Als Feministinnen möchten wir Ihnen jedoch einen Aspekt näherbringen, der allzu oft vergessen wird: die Perspektive der Frauen und was diese Initiative konkret für sie bedeuten würde.

Wir sind überzeugt, dass der Service Citoyen gut gemeint ist – aber leider nicht gut gemacht.

Er schafft keine grössere Gleichberechtigung, sondern fügt eine weitere Schicht der Ungerechtigkeit hinzu. Frauen brauchen keinen Pflichtdienst – sie brauchen Anerkennung für ihre Arbeit, Geld und Zeit.

Unbezahlte Arbeit – Frauen leisten bereits ihren „Dienst an der Gemeinschaft“

Und Frauen leisten genügend für die Gesellschaft. Frauen leisten bereits jeden Tag einen unsichtbaren, unbezahlten Service Citoyen in Form von Care-Arbeit.

Wenn sie Essen kochen, pflegen, begleiten, putzen, planen, zuhören, trösten – halten sie die Gesellschaft am Leben. Diese unbezahlte Arbeit macht fast 60 % der gesamten Arbeitszeit von Frauen in der Schweiz aus. Im Vergleich zu den Männern, die knapp 40% der Arbeit, die sie leisten unbezahlt leisten.

Gemäss Schätzungen des BFS entspricht die Arbeit der Frauen einem wirtschaftlichen Wert von über 400 Milliarden Franken pro Jahr. Im Vergleich: das Budget des Bundes beträgt knapp 90 Milliarden. Es ist mehr als Bund, Kantone und Gemeinde zusammen ausgeben. Und doch wird diese Arbeit weder anerkannt, noch wertgeschätzt noch ist sie in irgendeiner Weise sozialversichert.

Die Initiative Service Citoyen ignoriert diese Realität völlig. Sie tut so, als würden Frauen nicht schon genug leisten, indem sie diese Care-Arbeit nicht als Dienst an der Gemeinschaft anerkennt. Und absurderweise wird dann von Gleichstellung gesprochen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sie Solidarität zu einer zusätzlichen Belastung macht, anstatt die bereits bestehende anzuerkennen. Im Klartext: Wir arbeiten bereits unentgeltlich, und nun wird von uns verlangt, noch mehr zu leisten.

Jessica Jaccoud

Eine zusätzliche Verpflichtung ohne strukturelle Gerechtigkeit

Ein obligatorischer Dienst für alle, ohne dass sich die Ungleichheitsbedingungen ändern, ist eine doppelte Strafe. Frauen müssten eine neue Aufgabe übernehmen, ohne dass strukturelle Ungleichheiten beseitigt würden. Erinnern wir uns an einige Fakten:

- Die Lohnungleichheit besteht weiterhin: 21 % Unterschied zwischen verheirateten Frauen und Männern mit Kindern.
- Es gibt nach wie vor zu wenige Krippenplätze, die für viele Familien unerschwinglich sind.
- Berufe im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen – die überwiegend von Frauen ausgeübt werden – sind nach wie vor schlecht bezahlt und unterbewertet.

Vor diesem Hintergrund bedeutet die Einführung einer Dienstpflicht eine zusätzliche Belastung für bereits erschöpfte Schultern. Das ist kein sozialer Fortschritt, sondern ein unter dem Deckmantel der Gleichberechtigung versteckter Rückschritt.

Lohndumping und Abwertung der Frauenarbeit

Die rund 35.000 zusätzlichen Personen, die zum Pflichtdienst verpflichtet wären, würden in der Praxis in Bereichen eingesetzt, in denen heute überwiegend Frauen arbeiten: Pflege, Bildung, Betreuung, Begleitung. Dies würde den Weg für weniger qualifizierte, weniger professionelle und damit weniger anerkannte Tätigkeiten ebnen.

Gleichzeitig würde dies Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen ausüben.

Mit anderen Worten: Lohndumping, getarnt als Patriotismus.

Durch den Ersatz von ausgebildetem Personal durch Menschen, die zum „Dienst“ gezwungen werden, lässt sich weder die Qualität der Pflege verbessern noch der soziale Zusammenhalt stärken. Im Gegenteil, dadurch werden bereits krisengeschüttelte Sektoren weiter geschwächt.

Was wir vorschlagen

Was wir brauchen, ist kein obligatorischer „Bürgerdienst“, sondern eine Gesellschaft, die Zeit für Pflege und freiwilliges Engagement schafft, und zwar durch:

- Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnverlust
- eine Aufwertung der Berufe im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen in Bezug auf Gehalt und gesellschaftliche Anerkennung
- Und vor allem die politische Anerkennung unbezahlter Pflegearbeit: Ohne sie kann keine Gesellschaft funktionieren.

Jessica Jaccoud, coprésidente des Femmes socialistes suisses et conseillère nationale

Une obligation supplémentaire, sans justice structurelle

Un service obligatoire pour toutes et tous, sans changer les conditions d'inégalité, c'est une double peine. Les femmes devraient assumer une nouvelle tâche sans qu'aucune inégalité structurelle ne soit corrigée. Rappelons quelques faits :

- Les inégalités salariales persistent : 21 % de différence entre femmes et hommes mariés avec enfants.
- Les places de crèche restent insuffisantes et inaccessibles pour beaucoup de familles.
- Les métiers du soin, du social, de l'éducation — exercés majoritairement par des femmes — restent mal payés et sous-valorisés.

Dans ce contexte, imposer un service obligatoire, c'est ajouter une charge sur des épaules déjà épuisées. Ce n'est pas du progrès social, c'est une régression déguisée en égalité.

Dumping salarial et dévalorisation du travail féminin

Les quelque 35 000 personnes supplémentaires astreintes à un service obligatoire seraient, dans les faits, affectées à des domaines où travaillent aujourd'hui majoritairement des femmes : soins, éducation, accueil, accompagnement. Cela ouvrirait la porte à du travail moins qualifié, moins professionnel, et donc moins bien reconnu.

Et en même temps, cela ferait pression sur les salaires et sur les conditions de travail.

En d'autres termes : du dumping salarial déguisé en patriotisme.

Ce n'est pas en remplaçant du personnel formé par des personnes forcées de "servir" qu'on améliore la qualité des soins, ni qu'on renforce la cohésion sociale. Au contraire, on fragilise des secteurs déjà en crise.

Ce que nous proposons

Ce qu'il faut, ce n'est pas un "service citoyen" obligatoire, mais une société qui libère du temps pour le soin et l'engagement non contraints grâce à une :

- Réduction du temps de travail sans perte de salaire
- Revalorisation salariale et sociale des métiers du soin, de l'éducation et du social.
- Et surtout, reconnaissance politique du travail du care non rémunéré: sans lui, aucune société ne tient debout.

Cyrielle Huguenot, Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB

Der SGB lehnt die Service-citoyen-Initiative ab

Aufwertung der Arbeit von Frauen statt Einführung einer neuen Dienstpflicht

Die Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) lehnt eine neue allgemeine Dienstpflicht kategorisch ab. Die Service-citoyen-Initiative trifft vor allem Frauen, welche bereits heute den Grossteil der unbezahlten Arbeit leisten und mit niedrigeren Löhnen auskommen müssen. Eine allgemeine Dienstpflicht würde diese Ungleichheiten weiter verschärfen – zum Nachteil der Frauen.

Darüber hinaus würden die Bestimmungen zur Dienstpflicht ausgeweitet: In Zukunft sollen neben Armee, Zivildienst und Zivilschutz auch andere Formen des Engagements anerkannt werden. Der Initiativtext bleibt in dieser Hinsicht jedoch sehr vage. Der Bundesrat geht davon aus, dass politische Funktionen, der Einsatz in freiwilligen Feuerwehren oder die bisherigen Tätigkeiten des Zivildienstes (Pflege, Kinderbetreuung, Schule, Naturschutz) ebenfalls als Service citoyen anerkannt werden könnten.

Die Zahl der Personen, die zur Dienstpflicht herangezogen würden, könnte von 35.000 auf etwa 70.000 steigen. Ein grosser Teil würde in Bereichen eingesetzt, in denen heute überwiegend Frauen qualifizierte und bezahlte Arbeit leisten – insbesondere in Kinderbetreuungs- und Pflegeeinrichtungen. Wenn in diesen Sektoren plötzlich Zehntausende ihren Service citoyen ableisteten, würde die Qualität der Leistungen sinken, da diese weniger professionell erbracht würden. Gleichzeitig würde der Druck auf Löhne und Arbeitsplätze steigen, zum Beispiel in medizinisch-sozialen Einrichtungen.

Der Gesundheits- und Sozialbereich ist heute mit einem Mangel an qualifiziertem Personal konfrontiert. Ohne Frauen würde dort nichts funktionieren. Die niedrigen Löhne und die hohe Arbeitsbelastung führen zu einer hohen Fluktuation des Personals. Diese Fluktuation würde sich noch verschärfen, wenn eine grosse Zahl unqualifizierter Personen zum Service citoyen eingesetzt würde. Es ist zu befürchten, dass ein Teil des regulären qualifizierten Personals am Ende durch unqualifizierte, ständig wechselnde und billige Arbeitskräfte ersetzt wird.

Anstatt in diese Sektoren zu investieren, mehr Fachkräfte auszubilden und die Arbeitsbedingungen zu verbessern, damit überhaupt genügend qualifiziertes Personal gewonnen werden kann, hätte die Initiative also zur Folge, dass qualifizierte und erfahrene Frauen aus Schlüsselpositionen abgezogen würden, um einen Service citoyen an anderer Stelle zu leisten – noch dazu kaum entschädigt. Der Gipfel wäre, wenn Frauen ihre bezahlte und essenzielle Arbeit in der Pflege oder der Kinderbetreuung unterbrechen müssten, um einen unterbezahlten Service citoyen in denselben Bereichen zu leisten!

Solidarität, Engagement für die Gemeinschaft und ehrenamtliche Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen gehören zu den Grundwerten der Gewerkschaftsbewegung. Es ist wichtig, die Rahmenbedingungen für dieses Engagement zu verbessern, doch die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht ist nicht der richtige Ansatz. Da Frauen bereits einen deutlich grösseren Anteil der unbezahlten Arbeit für Kindererziehung oder auch die Betreuung kranker Menschen ausserhalb ihrer beruflichen Tätigkeit leisten, erbringen sie bereits täglich einen Service citoyen. Ohne angemessene Entlohnung sollten wir von ihnen kein zusätzliches Engagement für die Gemeinschaft mehr verlangen.

Neben einer Aufwertung der Löhne in Berufen, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, wäre es wesentlich sinnvoller, die Arbeitszeit zu verkürzen, um eine bessere Verteilung der unbezahlten Arbeit zwischen Männern und Frauen zu ermöglichen und eine bessere Vereinbarkeit mit ehrenamtlichem Engagement zu schaffen. Ebenso sollte der Kündigungsschutz für Personen gestärkt werden, die sich für andere engagieren.

Kurz zusammengefasst: Die Service-citoyen-Initiative zwingt den Frauen noch mehr unterbezahlte Care-Arbeit auf und sie verschlechtert die Arbeitsbedingungen in sogenannten Frauenberufen. Sie ist das Letzte, was wir brauchen!

Clarence Chollet, Nationalrätin der Grünen und Mitglied der SiK-N

Die Armee ist kein sicherer Ort für Frauen

Unter dem Vorwand der Gleichstellung schlägt die Service-citoyen-Initiative vor, eine Dienstpflicht für alle einzuführen. In der Theorie klingt die Idee löblich : Jede und jeder soll einen Beitrag an die Gemeinschaft leisten – sei es in der Armee oder in einem anderen gleichwertigen Milizdienst. In der Praxis jedoch schafft diese Initiative neue Ungleichheiten und birgt ein reales Risiko: Sie würde Frauen in die Armee drängen, die nach wie vor tief von Diskriminierung und sexualisierter Gewalt geprägt ist.

Tatsächlich sieht die Initiative vor, dass die Armee bei der Zuteilung der Dienste Vorrang hat: Sie muss ihre Truppen zuerst auffüllen, bevor andere Bereiche berücksichtigt werden. Konkret bedeutet das, dass Frauen – und Männer – gezwungen werden könnten, in der Armee zu dienen, statt in zivilen, sozialen oder ökologischen Bereichen, die besser zu ihren Werten oder Fähigkeiten passen würden.

Doch offizielle Daten zeigen: Die Schweizer Armee ist kein sicherer Ort – weder für Frauen noch für sexuelle Minderheiten. Die von der Armee selbst im Oktober 2024 veröffentlichte Studie spricht eine klare Sprache :

- Jede zweite Person war Opfer von Diskriminierung;
- 40 % berichten, sexualisierte Gewalt erlebt zu haben – von obszönen Witzen bis hin zu körperlichen Übergriffen;
- Insgesamt gaben 86 % der Befragten an, mindestens einmal eine Form sexueller Belästigung erlebt zu haben;
- Und Frauen sind deutlich stärker betroffen als Männer.

Diese Zahlen aus einem offiziellen Bericht sind keine Einzelfälle, sondern weisen auf ein strukturelles und systemisches Problem hin. Die Armee bleibt eine hierarchische Institution, geprägt von männlichen Normen, in der Sexismus und Homophobie weiterhin alltäglich sind. Mehr Frauen zum Dienst zu zwingen hiesse, sie diesen Gewaltformen auszusetzen – ohne ihnen angemessenen Schutz zu bieten.

Gleichstellung bedeutet nicht, Frauen denselben Risiken und Ungerechtigkeiten auszusetzen wie Männer. Sie bedeutet, freie Wahl, Respekt und Sicherheit in jeder Form des Engagements zu gewährleisten.

Wenn wir bürgerschaftliches Engagement fördern wollen, dann durch Freiwilligkeit, Prävention sowie durch Investitionen in soziale, ökologische und Pflegearbeit – Bereiche, in denen Frauen sich bereits heute in grossem Masse engagieren, oft ohne Anerkennung und ohne Bezahlung.

Am 30. November Nein zu sagen zur Service-Citoyen-Initiative heisst: nein dazu, neuen Generationen von Frauen und sexuellen Minderheiten ein Umfeld aufzuzwingen, das ihre Sicherheit noch immer nicht gewährleisten kann. Es heisst, zu bekräftigen, dass Gleichstellung nicht durch militärischen Zwang entsteht, sondern durch die Freiheit, das eigene Engagement selbst zu wählen – in einer Gesellschaft, die auf Solidarität, Gerechtigkeit und Respekt beruht.